

Weitere gefährliche Substanz nachgewiesen – Investoren wehren sich

Klybeck-Altlasten Im Grundwasser beim Klybeckareal wurde o-Benzidin festgestellt. Für diesen Stoff gibt es allerdings noch keine verbindlichen Grenzwerte.

Sebastian Schanzer,
Lukas Hausendorf und
Andrea Schuhmacher

Im Grundwasser auf dem Klybeckareal ist der Stoff o-Benzidin in einer Konzentration gefunden worden, die gesundheitsschädigend sein könnte. Das zeigt eine Auswertung von Analyseergebnissen des Basler Amts für Umwelt und Energie (AUE) durch die Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz (AefU). Zwar seien das krebserregende Benzidin und o-Benzidin zwei verschiedene chemische Substanzen – doch beide seien Hochrisikosubstanzen, so die AefU.

Im Klybeck dürften somit weitere Sanierungen gemäss Altlastenverordnung anstehen, schreibt AefU-Geschäftsleiter Martin Forster in einer Medienmitteilung von gestern. Dabei widerspricht Forster den Investoren-Vertretern von Rhystadt AG und Swiss Life AG. Diese berichteten an der jüngsten Informationsveranstaltung zum Thema von «nur einer sanierungspflichtigen Altlast» gemäss Altlastenverordnung.

Kanton beschwichtigt mit «einmaligem Befund»

Auf Anfrage dieser Redaktion wehren sich die Medienstellen der Investoren gegen diese Darstellung: «Wir haben klargemacht, dass weitere sanierungsbedürftige Altlasten nicht ausgeschlossen sind.» Ob eine solche Sanierung im Einzelfall angezeigt sei oder nicht, entscheiden immer die Behörden auf Basis der Altlastenverordnung. Das zuständige Basler Departement für Wirtschaft, Umwelt und Soziales (WSU) schreibt auf Anfrage: «Ein einmaliger Befund reicht nie für eine Klassifizierung aus.»

Tatsächlich konnte o-Benzidin bisher nur bei einer Messung



Der Nachweis gefährlicher Stoffe im Grundwasser beim Klybeckareal «stellt eine Momentaufnahme dar». Foto: Dominik Plüss

im Januar 2024 am Unteren Rheinweg am Rand von Areal 1 des Chemiegeländes festgestellt werden. Die gemessenen Werte lagen allerdings deutlich über den vorläufigen Grenzwerten – für o-Benzidin gibt es im Gegensatz zu Benzidin bis heute keinen rechtsverbindlichen Grenzwert. Der Kanton Baselland liess im vergangenen Jahr zwei Firmen einen o-Benzidin-Grenzwert herleiten. Dieser wurde vom Bund aber bisher noch nicht pu-

bliziert und ist deshalb auch nicht rechtsverbindlich.

Aufgrund dieses ersten Nachweises, so das WSU weiter, fand im Mai 2024 eine weitere Untersuchung statt. «Bei dieser konnte kein o-Benzidin mehr nachgewiesen werden.» Die Resultate seien auf dem kantonalen Datenportal auch öffentlich einsehbar. «Einzelne Analysenresultate stellen eine Momentaufnahme dar und müssen aus diesem Grund immer auf Plausibilität

geprüft und verifiziert, das heisst auch mehrfach gemessen werden.» Einzelne Werte könnten durch unterschiedliche Umweltbedingungen, Probenahme-Unterschiede und Laborhandhabung unterschiedlich ausfallen.

Ergebnisse des Monitorings im zweiten Halbjahr erwartet

Ähnliches schreiben auch die Investoren: Im Fall der Messungen auf dem Areal 1 handle es sich um ein laufendes Verfahren, bei

dem eine abschliessende Beurteilung noch ausstehe. Wie an der Informationsveranstaltung im März dieses Jahres erläutert, «veröffentlichen und kommentieren wir Untersuchungsberichte, wenn Verfahren abgeschlossen oder wichtige Verfahrensschritte erreicht sind». Dies werde voraussichtlich im zweiten Halbjahr der Fall sein, wenn die Ergebnisse auf der Basis des neuen Grundwassermonitoring-Konzepts validiert vorliegen.

«Ein einmaliger Befund reicht nie für eine Klassifizierung aus.»

Departement für Wirtschaft, Umwelt und Soziales Basel-Stadt

Die nächsten Messungen im Grundwasser des ehemaligen Industriareals Klybeck führt der Kanton im Mai 2025 durch.

Den o-Benzidin-Befund vom Januar 2024 erwähnte die Regierung in ihrer Antwort vom 2. April 2025 auf eine Interpellation von Grossrätin Tonja Zürcher allerdings nicht. Zwar sei 2024 im Klybeck beim Areal 1 an zwei Messpunkten erneut Benzidin nachgewiesen worden. «Der Grenzwert für Sanierungsbedürftigkeit wurde aber nie überschritten», hiess es darin. Obschon damals bekannt gewesen sei, dass o-Benzidin ebenfalls nachgewiesen worden war, fand dies in der Regierungsantwort keine Erwähnung. Dies belegt das öffentlich einsehbare Messprotokoll auf dem Datenportal des Kantons.

Die Substanz taucht auch in keinem der Berichte auf, die die Investoren Rhystadt und Swiss Life im Rahmen ihrer Transparenzoffensive aufgeschaltet haben. Die neusten dort auffindbaren Berichte datieren von 2023.

Diener & Diener sollen Erweiterungsbauprojekt realisieren

Universitätsbibliothek Das Projekt um einen Stadtgarten wird noch vom Parlament geprüft.

Der umstrittene Erweiterungsbauprojekt für den Sonderbestand der Universitätsbibliothek Basel und die Sanierung des Bernoullianums an der Hebelschance soll nach den Plänen des Basler Architekturbüros Diener & Diener realisiert werden. Die Freiraumgestaltung hat das Büro Vogt Landschaftsarchitekten aus Zürich gewonnen. Diener & Diener Architekten haben den Studienauftrag für sich entschieden, wie das Bau- und Verkehrsdepartement gestern mitteilte. Sie würden ein Gebäudevolumen vorschlagen, das sich passgenau in die städtische Umgebung einfüge. An der Schönbeinstrasse stufe sich das Siegerprojekt leicht zurück.

Zudem werde an der Schnittstelle zwischen Bernoullianum und Neubau ein neuer öffentlicher Raum als verbindendes Element zwischen dem verkehrsbelasteten Ring und der dem universitären Leben gewidmeten Schönbeinstrasse vorgeschlagen, heisst es weiter.



Das Siegerprojekt sieht zwischen Bernoullianum und dem heutigen Bau der Unibibliothek einen Stadtgarten vor. Visualisierung: Diener & Diener Architekten

Das Siegerprojekt von Vogt Landschaftsarchitekten sieht gemäss Jury zwischen Bernoullianum und dem heutigen Bau der Universitätsbibliothek einen Stadt-

garten vor. Die Umgebung werde verkehrsberuhigt, grosszügig entsiegelt und begrünt.

Das Siegerprojekt samt Freiraumkonzept wird nun gemäss

den Empfehlungen der Jury überarbeitet. Die Zonenänderung wird nochmals öffentlich aufgelegt, danach entscheidet das Basler Parlament über das Projekt.

Umstrittenes Vorhaben

Die Hebelschance war als Standort für einen Neubau für den Sonderbestand der Unibibliothek evaluiert worden, nachdem der Grosse Rat im November 2023 1,4 Millionen Franken für einen Projektwettbewerb bewilligt hatte. Das damalige Grün-Alternativ Bündnis und die SVP waren mit der Wahl des Standorts nicht einverstanden und verlangten erfolglos eine Rückweisung an den Regierungsrat.

Zudem verlangt eine Volksinitiative, dass der historische Sonderbestand der Unibibliothek zusammen mit Dokumenten des Staatsarchivs und Objekten des Historischen Museums in einem gemeinsamen Sammlungszentrum im Rundhofbau der Messe zusammengeführt wird. (SDA)

Basler Universitätsmensa soll bis 2030 komplett vegan werden

Klimaschutz Die Mensa der Universität Basel soll komplett vegan werden. Der Studierendenrat hat am Dienstag einem entsprechenden Antrag der Studierendeninitiative Plant-Based Universities zugestimmt. Die Uni Basel folge damit erfolgreichen Beispielen wie Cambridge und Graz, schreiben die Aktivist:innen. Erst vergangenen Donnerstag habe das Studierendenparlament der Universität Bern einen gleichlautenden Antrag angenommen.

Hintergrund des Vorstosses ist der Klimaschutz. Die Aktivist:innen von Plant-Based Universities zitieren eine Oxford-Studie, wonach bis zu 76 Prozent der aktuell genutzten Agrarflächen durch eine weltweite Umstellung auf pflanzliche Ernährung frei würden.

Diese Entscheidung seien wegweisend für die Hochschulgastronomie und könnten eine Signalwirkung für weitere Schweizer Universitäten haben, schreibt Plant-Based Universities in einer Mitteilung. «Die Universität Ba-

sel muss jetzt ihrer Vorbildrolle gerecht werden, Tausende Studierende fordern jetzt genau das», sagt Noëmi Bertherin von Plant-Based Universities Basel. An der Uni Basel ist die Debatte um Fleischverzicht in der Mensa nicht neu. 2022 setzte das Rektorat auf Antrag der Studierendenvertretung durch, dass die Preise für Fleischmenüs erhöht werden.

Die Uni Basel vergibt per Juli dieses Jahres die Verpflegung an einen neuen Lieferanten für drei Jahre. Den Auftrag hatte bis jetzt die SV Group inne, die 25 Mitarbeitenden vorsorglich per Ende Juni gekündigt hat. Die Uni sei allerdings sehr daran interessiert, dass das Personal nach der Übergabe an einen neuen Anbieter vor Ort weiterarbeiten könne.

Aus der Ausschreibung ging auch hervor, dass mindestens 60 Prozent des Angebots ab Mitte 2026 fleischlos sein müssen. Fleisch, Milch und Eier müssen zudem aus Schweizer Herkunft sein. (Iha)